

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 0 61 31/22 33 71, Fax: 0 61 31/22 56 25, E-Mail: post@brh.de,
Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 09/2012

13.03.2012

- 01 Öffentliche Arbeitgeber legen Angebot vor –
3,3 % mehr Entgelt und 200,- Euro Einmalzahlung**
- 02 Tarifeinseitige Entlohnung bei Bund und Kommunen: dbb lehnt erstes Angebot der Arbeitgeber ab – Verhandlungen gehen weiter**
- 03 Deutliche Rentenerhöhung ab Juli**

- 01 Öffentliche Arbeitgeber legen Angebot vor –
3,3 % mehr Entgelt und 200,- Euro Einmalzahlung**

Die öffentlichen Arbeitgeber von Bund und Kommunen haben gleich zu Beginn der heutigen zweiten Runde der Tarifverhandlungen ein Angebot mit folgenden Eckpunkten vorgelegt:

- **Erhöhung der Tabellenentgelte** (auch für Auszubildende) **um insgesamt 3,3%:**
 - ab 1. Mai 2012 um 2,1% sowie
 - ab 1. März 2013 um 1,2%,
- **Einmalzahlung für alle Beschäftigten in Höhe von 200,-Euro** (für Auszubildende 40,- Euro) **als soziale Komponente,**
- **Verbindliche Regelungen zur Übernahme nach der Ausbildung** (bei entsprechendem dienstlichen Bedarf und Abschlussnote mindestens „befriedigend“ für die Dauer von 12 Monaten) sowie

- **Verbesserungen bei der Übernahme von Fahrtkosten zu den Berufsschulen.**

Dazu erklärt Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich: „Die Arbeitgeber haben mit einer Erhöhung der Entgelte um insgesamt 3,3% für 24 Monate ein substantielles Angebot vorgelegt. Diese prozentuale Steigerung liegt im Bereich anderer Abschlüsse der letzten Zeit, ich erwarte deshalb jetzt Bewegung bei den Gewerkschaften und einen schnellen Abschluss.“

(Quelle: BMI)

02 Tarifauseinandersetzungen bei Bund und Kommunen: dbb lehnt erstes Angebot der Arbeitgeber ab – Verhandlungen gehen weiter

Bei den am 12. März 2012 in Potsdam geführten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen hat der dbb das erste Angebot der Arbeitgeber abgelehnt. „Die Arbeitgeber haben 3,3 Prozent mehr Einkommen bei einer Laufzeit von 24 Monaten geboten. Das ist kein Angebot, das ist Augenwischerei“, sagte Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der dbb tarifunion.

Der Vorschlag der Arbeitgeberseite laufe für 2012 aufgrund zweier „Leer-Monate“ effektiv nur auf eine Steigerung von 1,77 Prozent hinaus. „Das bedeutet angesichts der Inflationsrate im Klartext: Die Arbeitgeber planen für dieses Jahr weiterhin mit Reallohnverlusten für die Beschäftigten“, so Stöhr. Zudem sei es noch völlig unklar, was das Angebot für 2013 wert sei. „Der öffentliche Dienst soll nach dem Wunsch der Arbeitgeber aus dem Geldbeutel der Beschäftigten finanziert werden. Das ist inakzeptabel.“

dbb Verhandlungsführer Stöhr weiter: „Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und der Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber Thomas Böhle haben offensichtlich immer noch nicht verstanden, wie groß die Herausforderungen durch den demographischen Wandel für den öffentlichen Dienst sind. Mit zwei weiteren Jahren Reallohnverlust werden wir die dringend benötigten Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie Zöllner jedenfalls nicht bekommen.“

Die Ablehnung des Angebots und die Gründe dafür seien den Arbeitgebern mitgeteilt worden. Nun müsse weiter verhandelt werden. Stöhr: „Die Arbeitgeber müssen das Angebot nachbessern. Die Beschäftigten haben durch die Warnstreiks der vergangenen Tage bereits gezeigt, dass sie sich nicht mit Almosen abspesen lassen werden.“

(Quelle: dbb)

03 Deutliche Rentenerhöhung ab Juli

Die Renten steigen ab Juli deutlich. Das sagte Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU). Demnach werden die Altersbezüge im Westen um 2,18 Prozent und im Osten um 2,26 Prozent erhöht. Pro 1000 Euro Rente gibt's künftig monatlich rund 22 Euro mehr Altersbezüge.

Weniger als erwartet

Das Plus ist mehr als doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr. Allerdings: Der Aufschlag fällt vor allem im Osten deutlich geringer aus, als zuvor erwartet worden war. Im vergangenen Herbst hatte die Rentenversicherung 3,2 Prozent für Ostdeutschland und 2,3 Prozent für die Westrentner prognostiziert.

Schätzungen zu optimistisch

Von der Leyen begründete dies damit, dass die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Lohnentwicklung "schlicht und einfach zu optimistisch gewesen" seien. "Aber das haben Schätzungen so an sich, dass sie nicht punktgenau sind." Nach den Worten der Ministerin gibt es "unter dem Strich eine positive Rentenentwicklung über der Inflationsrate". Sie nannte es eine erfreuliche Entwicklung, dass die Ost-West-Angleichung bei den Renten nicht zum Stillstand gekommen sei.

Notwendige Kürzung im vergangenen Jahr ausgefallen

Dass die Rentenerhöhung geringer ausfällt als rein rechnerisch nach der Lohnentwicklung 2011 möglich gewesen wäre, führt die Ministerin auf die Rentengarantie zurück, deretwegen eigentlich notwendige Rentenkürzungen ausfielen. Dieser Überhang werde jetzt mit den Erhöhungen verrechnet.

Rentenentwicklung seit 1997 in Prozenten

Jahr	Zeitpunkt	West	Ost
1997	01.07.	1,65	5,5
1998	01.07.	0,44	0,89
1999	01.07.	1,34	2,79
2000	01.07.	0,60	0,60
2001	01.07.	1,91	2,11
2002	01.07.	2,16	2,89
2003	01.07.	1,04	1,19
2004		keine Rentenerhöhung	
2005		keine Rentenerhöhung	
2006		keine Rentenerhöhung	

2007	01.07.	0,54	0,54
2008	01.07.	1,1	1,1
2009	01.07.	2,41	3,38
2010		keine Rentenerhöhung	
2011	01.07.	0,99	0,99
2012	01.07.	2,18	2,26

(Quelle: Bundesregierung)

Rentenkasse so voll wie lange nicht mehr

Gestiegenen Löhne und die gesunkene Arbeitslosigkeit füllten die Rentenkasse so voll wie schon lange nicht mehr. Die Kasse hat nach Angaben der Rentenversicherung Ende Januar über eine Reserve von 23,8 Milliarden Euro verfügt - fast sechs Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor.

Kaufkraft gesunken

Nach Zahlen des Hamburger Weltwirtschafts-Instituts (HWWI) hatten die Rentner 2011 nach Abzug der Teuerung 1,8 Prozent weniger in der Tasche als 2010. Insgesamt ist nach den Zahlen die Kaufkraft der Rentner seit 2004 um insgesamt 8,8 Prozent gesunken. Auf Rentnerhaushalte schlug die Teuerung bei Lebensmitteln und Energie überdurchschnittlich stark durch.

(Quelle: t-online.de)